

LEISTUNGS- BILANZ

**Gesagt.
Getan.
2019-2024**

SP

Leistungsbilanz

2019 - 2024

Die wichtigsten umgesetzten Projekte von Minister Antonios Antoniadis
sowie der Regierung der DG –Infrastruktur folgen

Inhaltsverzeichnis

Gesundheit	1
Senioren	4
Menschen mit Beeinträchtigung	8
Raumordnung	10
Wohnungswesen	13
Energie	15
Familie	17
Soziales	19
Jugendhilfe und Jugendschutz	21
Sozialwirtschaft	23
Haupterfolge der gesamten Regierung	25

GESUNDHEIT

Eine gute Gesundheit gehört zu den Voraussetzungen für ein glückliches Leben. Die Pandemie schärfte den Blick für die Schwächen im System. Wir haben in der Zeit Schutzmaterial, Tests und die Impfungen organisiert. Wir haben Impf- und Testzentren aufgebaut, um den Gesundheitssektor zu entlasten. Mit dem NRW-Gesundheitsminister vereinbarten wir die Verlegung von Intensivpatienten nach Deutschland.

Beim Föderalstaat haben wir uns zudem für eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung, den Erhalt der Krankenhäuser und bessere Löhne und Bedingungen fürs Krankenpflegepersonal eingesetzt.

Sehr gutes Corona-Krisenmanagement

Wir haben in der größten Krise für Ostbelgien nach dem 2. Weltkrieg bewiesen, dass die DG Krise kann. Das umfasste unter anderem die Unterstützung aller Dienstleister (Infos, Material, Finanzen, Knowhow). Minister Antoniadis hat beispielsweise die Kontakte ins Ausland gesucht und genutzt, um Corona-Schwersterkrankte auf Krankenhäuser zu verteilen und mehr Platz in den ostbelgischen Krankenhäusern zu schaffen. Außerdem erhielten Ostbelgier mit Reha-Bedarf auch ihre Reha. Mehrere Etappen können festgehalten werden:

1. Etappe: dringende Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung, insbesondere Personen mit Gesundheitsschwächen.
2. Etappe: Eine umfassende, reibungslose und aus dem Boden gestampfte Impfkampagne in zwei Impfbüros in St.Vith und Eupen
3. Etappe: Booster-Kampagnen, Umgang und Alltag mit dem Coronavirus (mit dem Virus leben lernen)

Festigung und Sicherung unserer beiden Krankenhäuser

Wir haben alle Mittel und alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die hiesigen Krankenhäuser in Erwartung von mehr föderalen Mitteln finanziell zu unterstützen - mit massiven Geldmitteln, unter anderem für die Infrastruktur (beispielsweise neuer Kernspintomograph für St.Vith und Scanner für Eupen, sowie gemeinsames Informatiksystem), Renovierungsarbeiten, Darlehen und vieles mehr.

Wir werden für Investitionen in unsere Krankenhäuser jetzt Zuschüsse in Höhe von 150 Mio. EUR in unserer Finanzplanung vorsehen. Das entspricht einem Drittel unserer jährlichen Einnahmen.

Abkommen über grenzüberschreitende Notfallversorgung ermöglicht

Auf unser Bestreben hin ist es gelungen, dass der grenzüberschreitende Einsatz von Notfallambulanzen zwischen Belgien und Nordrhein-Westfalen eine solidere gesetzliche Grundlage hat. Ja, unser Minister durfte sie sogar mitunterschreiben.

Schaffung eines Beirats für Gesundheit

Mit dem Beirat für Gesundheit gestalten Bürger und Praktizierende aus dem Gesundheitssektor die Gesundheitspolitik der DG aktiv mit, indem sie jede gesetzliche Bestimmung in Ostbelgien im Gesundheitsbereich unter die Lupe nehmen. Ostbelgische Bürger sind dadurch aktive Gestalter der Gesundheitspolitik.

Integrierte Versorgung

Wir haben für die werdenden Mütter in Ostbelgien ein kostenloses Angebot der Begleitung vor und nach der Geburt geschaffen. Das Ziel ist ein gesamtheitlicher Ansatz aller Beteiligten (Hebammen, Gynäkologen, Krankenhäuser etc.) mit dem Fokus, dass die Schwangeren ein auf sie zugeschnittenes Unterstützungsangebot erhalten, und das bei Bedarf und Wunsch.

Ostbelgienregelung

Die Ostbelgien-Regelung, der Nachfolger des IZOM-Abkommens, wird ausgeweitet.

Mentale Gesundheit

Wir haben mehr finanzielle Mittel (**rund 45 %**) für die mentale Gesundheit eingesetzt, um die Wartelisten abzubauen. Allein für das BTZ stieg der Zuschuss seit 2019 um 55,5%.

Mit dem Dekret mentale Gesundheit schaffen wir eine solide gesetzliche Grundlage für alle betroffenen Organisationen. Das Ziel ist, die Gesundheitslandschaft so strukturieren, dass durch den Aufbau und Organisation der bestehenden Angebote Betroffene und Angehörige langfristig einen einfachen Zugang zu Unterstützungsangeboten bekommen - und zwar unbürokratisch und nah am

Wohnort. Außerdem bietet das Dekret die Möglichkeit der Einrichtung von Kurzaufenthalten und Tagesbetreuungseinrichtungen sowie Pilotprojekten für Betroffene.

Schaffung des Netzwerkes mentale Gesundheit und gleichzeitige Ausstattung mit finanziellen Ressourcen

Das „Netzwerk mentale Gesundheit“ der DG wurde dank unserer Intervention beim Föderalstaat gegründet. Es hat das ambitionierte Ziel, eine ganzheitliche Betreuung im Bereich der mentalen Gesundheit zu gewährleisten. Das Netzwerk soll die Lücken in der Begleitung von Menschen mit seelischen Krisen und psychologischen Problemen schließen. Dazu hat es viel Geld (**jährlich 2,4 Millionen Euro!**) bekommen. Es will auch da agieren, wo die DG keine Befugnisse hat, der Föderalstaat aber nicht angepasst lokal und in deutscher Sprache reagieren kann. Konkret kümmert sich das Netzwerk beispielsweise um die „Erste-Linie-Psychologen“ für schnelle Hilfe bei leichten psychischen Belastungen sowie mobile therapeutische Teams für Kinder und Jugendliche, für Erwachsene und auch für die Bewohnerinnen und Bewohner in den Wohn- und Pflegezentren für Senioren (WPZS).

Aufnahmeprüfungen für Medizin in deutscher Sprache

Wir haben die Möglichkeit der Aufnahmeprüfungen in Flandern in den Bereichen Medizin auf Deutsch vereinbart.

Initiativen in der Gesundheitsförderung

Durch die erhöhte Förderung von Präventions-Initiativen des Terrains (Herz-Sport-Gruppen Eupen und St.Vith, Lauf für das Leben, Weiterbildung zu „wertschätzende Kommunikation“ der CCK, Lichtblicke VoG, ClinicClowns etc.) wird bedarfsorientiert gehandelt. Denn Vorsorge kommt vor der Sorge. Schönes Beispiel: Aus der Förderung der Lichtblicke VoG ist eine strukturelle Förderung geworden.

WEITERE ZAHLEN und FAKTEN:

- Mittel für die Gesundheitspolitik mehr als **verdoppelt**. Von jährlich 5,3 Millionen im Jahre 2019 auf 11,4 Millionen im kommenden Jahr 2024.
- Wir haben das Budget für die Langzeit-Reha in Deutschland in fünf Jahren von 203.000 € auf 935.000 € erhöht. Das sind **360%**.
- Wir haben das Budget für die Prämien für die Erstniederlassung von Hausärzten und die Lohnkosten der Hausärzte um knapp **42%** erhöht.

SENIOREN

Die Selbstbestimmung der Menschen bis ins hohe Alter bleibt ein wichtiges Anliegen. Während ein Großteil der Senioren ein aktives Leben führt, gibt es mit zunehmendem Alter einen Unterstützungsbedarf. Mit einer gut ausgebauten häuslichen Hilfe und einer Begleitung in den Wohn- und Pflegezentren haben wir daran gearbeitet, Unterstützung zu leisten.

Mehr Mittel für die häusliche Hilfe, mehr Plätze in den Wohn- und Pflegezentren sowie bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal waren keine leeren Versprechen aus dem Wahlprogramm 2019. 2024 sind sie Realität.

Massive Aufwertung der Gehälter der Pflegehelfer und Aufwertung anderer Pflegeberufe

Wir haben die Gehälter der Pflegehelfer massiv erhöht. Zum 1. September 2020 haben wir in unserem Zuständigkeitsbereich die Gehälter der **Pflegehelfer** um **bis zu 19 %** (Durchschnitt 12 Prozent) und die Gehälter von **Krankenpflegern und Paramedizinern** um **durchschnittlich 2 % bis 4 %** erhöht.

Wiederherstellung der Gehaltsspanne vom Pflegehelfer zum Bachelorberuf

Wir haben die **Gehälter der Krankenpfleger und Paramediziner** im Jahr 2023 massiv erhöht. Um **bis zu 15 Prozent**.

⇒ Beide Maßnahmen kosten die DG jährlich **7 Millionen Euro**.

Einführung des Pflegegelds

Wir haben die Zuständigkeit für die Beihilfe für Betagte übernommen - und das System komplett reformiert. Es heißt jetzt Pflegegeld. Wir haben das System durchlässiger und verwaltungseinfacher für den Bürger gemacht, damit die arbeitende Bevölkerung im Fall von altersbedingtem Pflegebedarf ebenfalls unterstützt wird. Das alte System der Beihilfe für Betagte diskriminierte weite Teile der Senioren mit Unterstützungsbedarf.

Die **Finanzmittel** wurden massiv erhöht. Vor der Reform zahlte die DG 3,75 Millionen Euro aus. 2024 sind es **6,2 Millionen Euro (und mit der HHAP sogar 7,2 Mio. Euro)**.

Bei Übernahme der Zuständigkeit gab es **972 Bezieher**. Seit Übernahme der Zuständigkeit sind es **2351 Bezieher** (Stand 10. April 2024). **Das ist ein Anstieg um knapp 142 %**.

Außerdem eine wichtige Info: Die Anzahl Personen, die im **alten System** abgelehnt wurden, aber im neuen etwas bekommen, liegt bei **220** Seniorinnen und Senioren (Stand 10. April 2024).

Schaffung von neuen Plätzen in den WPZS

Wir haben in der gesamten Legislaturperiode **44 neue Plätze** in den Wohn- und Pflegezentren geschaffen.

Einführung der Alltagsbegleiter

Um die Arbeit in den Wohn- und Pflegezentren sowie die Begleitung der Bewohner der Wohn- und Pflegezentren für Senioren auf breitere Schultern zu verteilen, haben wir einen neuen Beruf kreiert. Den Alltagsbegleiter. Der Alltagsbegleiter trägt zur Entlastung der Pflegekräfte bei und kompensiert teilweise den Fachkräftemangel in der Pflege. Alltagsbegleiter unterstützen das reguläre Pflegepersonal, indem sie gewisse Tätigkeiten, die in keine der geschützten pflegerischen Tätigkeiten fallen, gemeinsam mit den Senioren ausüben. Außerdem begleiten sie die Senioren im Alltag, unterstützen sie und führen Aktivitäten mit ihnen durch. Der Beruf des Alltagsbegleiters richtet sich an interessierte Personen, Quereinsteiger oder bestehendes Personal.

Das **Pilotprojekt** hat für zwei Jahre **1,3 Millionen Euro** gekostet. **16 Alltagsbegleiter** wurden berufsbegleitend ausgebildet.

Wir finanzieren die Alltagsbegleiter jetzt darüber hinaus und schaffen Gewissheit. Das kostet uns rund 3 Millionen Euro pro Jahr. Da die neuen Personalnormen 2 Alltagsbegleiter pro Wohnbereich vorschreiben, wird es **in den kommenden Jahren mindestens 54 Alltagsbegleiter (+38)** in der DG geben.

Schaffung neuer Personalnormen in den WPZS

Mit den neuen **Mindestpersonalnormen** in den WPZS reagiert die DG auf die mittlerweile veralteten und pflegelastigen Normen des Landesamtes für Kranken- und Invalidenversicherung (LIKIV). Damit wir den Häusern mehr Flexibilität bei der Gestaltung der Dienstpläne geben, unter Wahrung der Qualität in der Pflege und Betreuung, öffnen wir das Wohn- und Pflegezentrum nun auch für andere Berufsgruppen (z.B. Familien- und Seniorenhelfer, Erzieher, andere Bachelorberufe für die Wohnbereichsleitung etc.). Der **Nachtdienst** zwischen 22.00 und 6.00 Uhr für große Wohn- und

Pflegezentren für Senioren ab 91 Plätzen wird auf **drei Personen** aufgestockt. Die DG bezahlt das. In der LIKIV-Gesetzgebung waren bisher nur 2 Personen bis zu 149 Plätze vorgesehen. Des Weiteren fördern wir die Wohnbereichshilfen.

Start einer Digitalisierungsoffensive für die Wohn- und Pflegezentren

Dabei geht es darum, dass die Pflegekräfte mehr Zeit für die Bewohner erhalten.

Vorzeitige finanzielle Angleichung der WPZS

Alle Wohn- und Pflegezentren für Senioren (ob privat oder öffentlich) werden ab diesem Jahr für die gleiche Leistung auf die gleiche Weise finanziert werden - über Tagespauschalen. So sollen alle WPZS in der DG 82 Prozent Bewohner mit erhöhtem Unterstützungsbedarf, 13 Prozent Bewohner mit geringem Unterstützungsbedarf und fünf Prozent Kurzaufenthalte beherbergen.

Eigentlich war diese Anpassung erst bis zum Jahr 2029 vorgesehen, aufgrund der hohen Nachfrage haben die meisten WPZS das Ziel bereits 2024 erreicht. Deswegen haben wir entschieden, die finanzielle Angleichung bereits 2024 vorzuziehen. Insgesamt werden für die Seniorenpolitik zusätzlich 34 Millionen Euro eingeplant.

Mehr Mittel für die Häuslichen Hilfen

Wir haben die **Mittel in der häuslichen Hilfe** um **52,74 %** erhöht.

Freiwillige Gegenfinanzierung der Indexsprünge 2022 und 2023 von mindestens 9,25 % bzw. 5,25 % für die WPZS und die Dienste der häuslichen Hilfe

Aufgrund der hohen Inflation hat die DG die Indexierungsauswirkungen gegenfinanziert.

Die Finanzierung für die Einrichtung von weiteren Seniorendorfhäusern gesichert.

Enge Begleitung der Dienstleister und der Wohn- und Pflegezentren für Senioren (WPZS) im Zuge der Coronakrise

Wir haben die WPZS von Beginn an eng umrahmt und begleitet und haben Ihnen mit Rat und Tat zur Seite gestanden.

Coronasonderzuschuss 2020

Die Wohn- und Pflegezentren haben im Corona-Jahr 2020 einen Sonderzuschuss bekommen. Dieser Zuschuss belief sich auf 3.400 Euro pro Platz. Das macht eine damalige **Gesamtsumme von rund 2,7 Millionen Euro.**

Finanzieren von Quarantänezimmern (bis März 2022) und Quarantänestationen (bis Mitte 2021)

Wir haben den WPZS finanzielle Mittel gegeben, um Quarantänestationen bzw. Quarantänezimmer einzurichten bzw. sie zu finanzieren.

Finanzieren von Coronastunden bei den Diensten der häuslichen Hilfe

Weil Kunden aufgrund von Corona viele Stunden bei der Häuslichen Hilfe abgesagt haben, geriet der Anbieter in finanzielle Schwierigkeiten. Wir haben die Fehlstunden gegenfinanziert.

Prioritäre Impfungen für Pflegepersonal, Ehrenamtsdienste & Ehrenamtliche

Im Zuge der Impfkampagne haben wir dafür gesorgt, dass zuerst die Schwächsten und dann die gefährdeten Menschen in den Einrichtungen zuerst geimpft werden konnten.

Etablierung von Projekten zur psychosozialen Unterstützung, um die Folgen der Coronakrise zu bewältigen (2020+2021)

Wir haben in den WPZS das strukturelle Angebot geschaffen, dass Mitarbeiter psychosoziale Unterstützung in Anspruch nehmen können. Corona war damals der Impuls. Es geht um das Wohlbefinden am Arbeitsplatz und den Schutz der mentalen Gesundheit

Corona-Prämie und Konsumscheck für das Pflegepersonal

Als kleine Gegenleistung für die aufopfernde Arbeit hat die DG dem Pflegepersonal, für das man zuständig ist, eine Coronaprämie und einen Konsumscheck ausbezahlt. Später folgte ja die strukturelle Gehaltserhöhung (siehe oben). Dies umfasste 985 € als Prämie sowie einen Konsumcheck in Höhe von 300 €. Insgesamt beliefen sich die Kosten auf über **1,5 Millionen Euro**.

Kostenlose Zurverfügungstellung von Test- & Schutzmaterial

Wir haben mit aller Kraft Bestände aufgekauft und Netzwerke aktiviert, um unsere Menschen hier mit ausreichend Test- und Schutzmaterial zu versorgen.

Einführung von verpflichtenden Angehörigenräten in den WPZS

Eine direkte Umsetzung einer Forderung des Bürgerdialogs „Pflege geht uns alle an“ haben wir mit der Einführung von verpflichtenden Angehörigenräten in den WPZS vollzogen. Es geht um mehr Mitspracherecht für die Angehörigen.

Energiekostenzuschuss von 450 € pro Platz und 150 € für Tagespauschale bzw. Tagesbetreuung im Zuge der Energiekrise

Aufgrund der Energiekrise haben wir den Wohn- und Pflegezentren einmalig pro Platz einen Zuschuss von 450 Euro gewährt bzw. 150 Euro für die Tagespflege und Tagesbetreuung. Diese Maßnahme hat die DG **386.400 €** gekostet

Rundtisch-Pflege und Pflegekampagne mit der KPVDB: „Pflege geht uns alle an“

Auf Initiative der Basis und der Bürgerversammlung mit dem Thema „Pflege“ haben wir mit der Krankenpflegevereinigung Ostbelgiens (KPVDB) eine Informations- und Werbekampagne initiiert, die ein voller Erfolg wurde. Die Stoßrichtung: den Pflegeberuf als attraktives Berufsziel zu zeigen.

Kostenpunkt: **25.000 Euro**.

Bezahlter Bildungsurlaub in den WPZS

Wir haben den bezahlten Bildungsurlaub auch in den öffentlichen Wohn- und Pflegezentren eingeführt.

Finanzüberprüfung und Verbesserung beim Palliativpflegeverband

Der **Palliativpflegeverband** hat eine strukturelle **Zuschusserhöhung von 8 Prozent** erhalten. Eine Finanzanalyse unsererseits hatte ergeben, dass sie strukturell unterbezahlt waren.

Erhöhung des Zuschusses der Stundenblume

Der Landfrauenverband, zu dem das Projekt Stundenblume gehört, hatte die Finanzierung der Stundenblume gekürzt, sodass die Mitarbeiter der Stundenblume nach Einsparmöglichkeiten gesucht haben. Der Minister hat entschieden, den **Zuschuss um 40.000 €** zu erhöhen, um diesen wertvollen Ehrenamtsdienst gezielter zu unterstützen. Zum Hintergrund: Die Helfer der Stundenblume übernehmen beispielsweise Hilfen im Haushalt, Begleitung außer Haus, die Krankenwache, Hilfe bei administrativen Arbeiten, soziale und moralische Unterstützung der Betroffenen oder der Angehörigen und Fahrten zu Terminen/Therapien.

Notfallzulassung für die Residenz Leoni von 10 Plätzen

Als die Flutkatastrophe die Region heimsuchte, musste schnell agiert werden. Wir haben sofort für die Residenz Leoni eine Notfallzulassung erwirkt, damit dort schnell und unkompliziert 10 Senioren, die obdachlos waren, einziehen konnten.

Unterstützung KPVDB (Deutschsprachige Krankenpflegevereinigung in Belgien) im Rahmen der Flutkatastrophe

Auch der KPVDB, deren Räumlichkeiten in der Eupener Hillstraße von der Flut zerstört wurden, haben wir direkt geholfen, auch in Form von Kostenerstattungen.

Erhalt des Mittendrins des JKS in Eupen

Wir haben mit einer Finanzspritze das Mittendrin der Josephine-Koch-Services in Eupens Innenstadt gerettet.

WEITERE ZAHLEN und FAKTEN:

- Seit 2019 sind unsere **Ausgaben für die WPZS** um **68 %** gestiegen. Wir investieren heute pro Jahr fast **19 Millionen EUR mehr** in die Seniorenpolitik als vor fünf Jahren . In diesem Jahr führen wir das Prinzip „Gleiches Geld für gleiche Leistung“ ein. Weitere **34 Millionen €** werden deshalb investiert.

MENSCHEN MIT BEEINTRÄCHTIGUNG

Häufig vergisst man, dass Inklusion ein Menschenrecht ist. Inklusion bedeutet mehr soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Nur durch Inklusion können alle Menschen ihr gesamtes Potenzial entwickeln und ausschöpfen. Wir alle zusammen machen eine Gesellschaft lebendig und vor allem lebenswert. Deshalb setzen wir uns massiv für die Menschen mit einer Beeinträchtigung ein. So haben wir:

Schaffung neuer Wohn- und Betreuungsangebote für Menschen mit einer Beeinträchtigung

Um den wachsenden Bedarf gerecht zu werden, unterstützen wir mit voller Kraft die Schaffung neuer und vor allem differenzierten Wohn- und Betreuungsangebote für Menschen mit einer Beeinträchtigung. In diesem Jahr wird das Haus in der Klebankgasse in Eupen umgebaut. Bis dahin gibt es ein Übergangprojekt in der Eupener Judenstraße. Es werden Wohnungen vorgesehen am Kirchplatz in Kelmis und bei Hof Peters in Nieder-Emmels. Und das Begleitzentrum Griesdeck findet in Bütgenbach eine neue Heimat. Hier entsteht ein Neubau der Tagesstätte sowie neuer Wohnraum. Das Projekt unterteilt sich in folgende vier Teilprojekte: - Tagesstätte, - Freizeitbegleitung, - Wohnen und das Biberprojekt. Ein weiteres Merkmal dieses Projektes basiert auf nachhaltiges und energieeffizientes Bauen. Hier wird eine 100 % CO² -Neutralität im Betrieb und die Verwendung von natürlichen Baustoffen angestrebt. Das Projekt soll aus Holz und im Passivhausstandart geplant und gebaut werden.

Außerdem haben wir eine neue Tagesstätte (Werthatelier) im Herzen der Eupener Innenstadt am Werthplatz geschaffen (Beteiligung der DG: **467.200 Euro**). Ferner arbeiten wir an weiteren konkreten Pisten.

Schaffung des Beirats für Menschen mit einer Beeinträchtigung

Wir haben etwas geschaffen, das das Anliegen von vielen war und was auch die UN-Konvention wünscht: einen Beirat für Menschen mit Beeinträchtigung. Und der hat seine Rolle schon gut gefunden.

Große finanzielle Unterstützung der Beschützenden Werkstätte (BW), gerade in Krisenzeiten

Da wären zu nennen die Zuschussung von Ausgaben der Kurzarbeit oder ein Pilotprojekt zur Anwerbung neuer Kunden und Aufträge.

Einführung der Funktion eines Geschäftsführers für Träger mit sehr vielen Projekten und Personal Tagesstätte und Wohnheim

Neugestaltung der Tarife für eine bezahlbare Freizeitbegleitung

Hierdurch wird die finanzielle Beteiligung der Eltern für die Freizeitbegleitung im Rahmen des Kurzaufenthaltes drastisch reduziert, um Eltern besser zu entlasten.

Rechtliche Grundlage zur Anerkennung und finanzielle Förderung von Assistenztieren

Wir haben die Möglichkeit geschaffen, dass Menschen mit Unterstützungsbedarf in Begleitung von Assistenztieren (nicht nur Assistenzhunden; Unterschied zum Rest Belgiens!) Zugang zu öffentlichen Gebäuden erhalten und dass solche Tiere mit finanzieller Unterstützung der DG ausgebildet werden können.

Weitere Erfolge:

- Bündelung der Kräfte im Bereich der bedarfsgerechten Arbeitsvermittlung
- Einführung von der Ausbildung von deutschen Gebärdensprachelehrer
- Übernahme der Untersuchung der Kinder zur Gewährung des Zuschlags zum Kindergeld
- Finanzierung der Angebote für Auslandsunterbringungen von Menschen mit Unterstützungsbedarf

RAUMORDNUNG

Im Jahr 2020 haben wir die neuen Zuständigkeiten wie die Raumordnung übernommen und wichtige Reformen angestoßen. Das zeigt sich in vielen Gesetzen und Initiativen. Eine Auswahl:

Dekrete zur Umsetzung der neuen Zuständigkeit

Die Raumordnung ist eine sehr komplexe und strategisch sehr wichtige Zuständigkeit für die Deutschsprachige Gemeinschaft. Raumordnung ist mehr als die Erteilung von Baugenehmigungen. Raumordnung bedeutet Natur- und Artenschutz, Biodiversität, Gesundheitsförderung, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, Digitalisierung, Mobilität, Bildung, Wohnungsbau, Steigerung der Lebensqualität, Denkmal- und Landschaftsschutz sowie Identitätspflege und vieles mehr. Die DG übt die Zuständigkeit der Raumordnung seit dem 1. Januar 2020 aus, zuvor war die Wallonische Region dafür verantwortlich. Die Raumordnung gibt der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Möglichkeit und das Recht, über den eigenen Grund und Boden zu bestimmen. Damit die Übernahme der Zuständigkeit aber geordnet passiert, hat sich das Parlament nach Vorschlag des Ministers Antonios Antoniadis auf ein Drei-Phasen-Modell geeinigt. Das bedeutet, dass drei (parallelaufende) Phasen mit verschiedenen Schwerpunkten am Ende zu einer neuen Raumstrategie führen sollen. Wir haben zuerst das wallonische Gesetzbuch über die Raumordnung übernommen. In Phase 1 gab es ein paar kleine Anpassungen juristischer Natur sowie besondere Bedingungen in Bezug auf die Corona-Krise (z.B. um hybride Informationsveranstaltungen zu ermöglichen).

Im Rahmen der Phase 2 wurde 2022 das wallonische Dekret zur Raumordnung nach einem zweijährigen Prozess unter Einbeziehung von Raumplanern, Architekten, Notaren, Landvermessern, Naturschutzverbänden, der Bauwirtschaft, den Sozialpartnern, den Gemeinden und vielen weiteren Akteuren reformiert. Dabei haben wir die Verfahren vereinfacht und verschnellert sowie Bürokratie abgebaut.

Aktuell liegt ein Dekretentwurf im Parlament, das wir als Phase2bis bezeichnen. Es soll den Rahmen zwischen den Gemeinden und der Aufsichtsbehörde in Eupen klarer fassen. Der Vorschlag beinhaltet eine Verkürzung der Bearbeitungsfrist von Bauanträgen von **115 auf 75 Tagen**, der vom Parlament im Mai verabschiedet wird.

Erstellung eines Fachgutachtens über die künftige Raumstrategie

Im Rahmen der Gesamtvision „Ostbelgien leben 2040“ haben wir einen umfangreichen strategischen Bericht zu den nächsten gesetzlichen und praktischen Schritten in der Raumordnung erhalten. Der bietet uns eine sehr gute Grundlage für die Phase 3. Die nächste Regierung muss den Weg zu einer umfassenden, globalen Reform der Raumordnung weitergehen.

Flutkatastrophe 2021

In der Raumordnung haben wir Planungssicherheit und Rechtssicherheit geschaffen. Wir haben den Wiederaufbau in Rekordzeit per Erlass vereinfacht, Bürokratie abgebaut. So haben wir den schnellen Wiederaufbau von Häusern bei außergewöhnlichen Katastrophen gesetzlich ermöglicht. Die Regierung hat bedeutende Mittel den betroffenen Gemeinden gegeben, um entstandene Mehrkosten abzufedern und beschädigte öffentliche Infrastrukturen zu sanieren. **Knapp 30 Millionen Euro**. Davon erhielt Eupen 25 Mio Euro. Hinzu kam eine Sonderdotation in Höhe von 500.000 Euro. Wir haben die ÖSHZs (zusätzliches Hilfspersonal, das die DG zu 90 % bezuschusst sowie Wohnbeihilfen für die Betroffenen von bis zu 2.5000 Euro) unterstützt, bei der ÖWOB und im Wohnungswesen schnell agiert. Und per Rundschreiben haben wir dafür gesorgt, dass jetzt Studien vorgewiesen werden müssen, wenn in Überschwemmungsgebieten gebaut wird (Stichwort: Hochwasserschutz). Außerdem haben wir uns nach der Flut verpflichtet, die Kosten für den **Wiederaufbau von beschädigten Infrastrukturen** in unserem Zuständigkeitsbereich **zu 90 %** zu übernehmen.

Nachhaltigkeitsfonds

Als mögliche Alternative zum Ausgleich von benötigten Bauflächen bei Sektorenplanänderungen werden Gelder in einen Fonds eingezahlt, der Nachhaltigkeitsprojekte finanziert.

Windkraftrahmenplan für die DG

Wir haben eine Kartografie erstellt der bestgeeigneten Standorte für Windräder in der DG.

Gewerbeflächenstrategie

Wir haben eine Strategie für eine zukunftsorientierte, nachhaltige und effiziente Nutzung der Gewerbe- und Industriegebiete erstellt. Alle Gewerbegebiete der DG wurden untersucht, um die Potenziale und die Verbesserungsmöglichkeiten zu bestimmen, sowie 2 Mustergewerbegebiete zu erstellen. Damit sich die Wirtschaft gezielt, intelligent und nachhaltig entfalten kann.

Lösung von seit Jahren blockierten Akten von ostbelgischen Betrieben

Vorkehrungen getroffen, um landwirtschaftliche Flächen künftig besser zu schützen

WOHNUNGSWESEN

Im Jahr 2020 haben wir die neuen Zuständigkeiten wie das Wohnungswesen übernommen und wichtige Reformen angestoßen. Das zeigt sich in vielen Gesetzen und Initiativen. Eine Auswahl:

Dekret Wohnungswesen

Wir sind dabei, auf den letzten Metern, die Bedingungen für die ÖWOB deutlich zu verbessern. So wird die Gesellschaft gegen Fehlbelegung vorgehen, eine soziale Durchmischung gewährleisten, einen Teil des Wohnungsparks für Ostbelgier (die hier wohnen und arbeiten) reservieren und innovative Wohnprojekte beginnen können. Mieter müssen Sprachkenntnisse nachweisen und, wenn sie arbeitslos sind, aber mit Beschäftigungspotenzial, sich beim Arbeitsamt eintragen. Wir bauen die soziale Betreuung aus und schaffen die Funktion eines Hausmeisters, der die Übersicht in den Vierteln behält. Außerdem schaffen wir die Möglichkeit für einen bedingt rückzahlbaren Vorschuss. Dabei geht es um Menschen, die das nötige Eigenkapital von 20 bis 30 Prozent nicht aufbringen, aber eigentlich einen Kredit stemmen können. Ihnen wollen wir zum Eigenheim verhelfen. Das Finanzierungsinstrument ist im Aufbau. Außerdem wird den Gemeinden es erleichtert, Zuschüsse für sozialen Wohnungsbau der DG zu erhalten (60 Prozent).

Energetische Sanierung des Immobilienparks der ÖWOB und Neubau/Neuerwerb von Wohnraum

Wir haben mit einer Vereinbarung mit der Öffentlichen Wohnungsbaugesellschaft **ÖWOB 30 Millionen Euro bis 2026** vorgesehen, um für 20 Millionen Euro so viele Sozialwohnungen wie möglich energetisch zu sanieren und für 10 Mio. Euro neuen Wohnraum zu schaffen (sei es durch Ankauf oder durch Neubau). Weitere **37 Millionen Euro** wurden in Aussicht gestellt.

Erhöhung der Anzahl verwalteter Wohnungen

Die sozialen Immobilienagenturen bieten durch Verträge mit Immobilienbesitzern sozialen Wohnraum an. Seit Legislaturbeginn haben wir diese Anzahl an verwalteten Wohnungen immens gesteigert. Seit 2019 haben wir hier die Anzahl Wohnungen von **183 auf 266** erhöht. Das ist eine **Steigerung von 45 Prozent**.

Fusion der Wohnungsbaugesellschaften

Wir haben die beiden Wohnungsbaugesellschaften in der DG zu einer verschmolzen.

Beratung durch Architekten für neuen Wohnraum

Ein Beratungsprojekt zur Umgestaltung von untergenutzten oder leerstehenden Immobilien für neuen Wohnraum der WFG Ostbelgien haben wir strukturell abgesichert.

WEITERE ZAHLEN UND FAKTEN:

- Seit der Fusion der beiden Bau- und Immobilienverwaltungsgesellschaften vor knapp 2 Jahren haben wir der neu gegründeten bereits **12 Millionen EUR** zur Verfügung gestellt. Hinzukommen weitere Auszahlungen in Höhe von mehr **als 600.000 EUR** für **Sozialreferenten, Mietausfälle** und die **Verringerung der Mieten für Kinder** zu Lasten.
- Um bezahlbaren Wohnraum in Ostbelgien zu fördern, beteiligen wir uns ferner über die PROMA AG mit **1,5 Millionen EUR** am Kapital der neu gegründeten Gesellschaft Inclusio Ostbelgien.

ENERGIE

Im Jahr 2020 haben wir die neuen Zuständigkeiten wie Teilbereiche der Energiepolitik übernommen und wichtige Reformen angestoßen. Das zeigt sich in vielen Gesetzen und Initiativen. Eine Auswahl:

Einführung eines neuen Energieprämiensystems

Wir haben das System der Energieprämien von der Wallonie übernommen und extrem vereinfacht. Der Erfolg gibt uns Recht. Wo früher 13 Seiten Antragsformular waren, sind es **jetzt 2,5 Seiten**. Der Erfolg gibt uns Recht. Seit Beginn November 2021 **fast 2.000** Anträge (**über 800 Prozent mehr als im alten System**). Wir haben das Budget von 500.000 Euro auf **4 Mio. Euro** pro Jahr hochgeschraubt.

Energieprämiensystem 2.0

Wir haben das System ein erstes Mal in 2024 geupdated. Ab jetzt können auch Menschen manche Arbeiten selbst ausführen. Und wir unterstützen die Begrünung von Außenfassaden und Dächern. **Wärmepumpen** werden jetzt mit **4.000** statt 2000 Euro gefördert. Und **Vermieter** können **80 Prozent** der Kosten geltend machen, damit auch Mietwohnraum saniert wird.

80%-Zuschuss für Infrastrukturarbeiten im Energiebereich an öffentlich zugänglichen Gebäuden

Indexbremse während Energiekrise

Infolge der Energiekrise und den hohen Energiekosten der Menschen haben wir für Vermieter eine Indexbremse eingebaut, wenn sie schlecht isolierten Wohnraum anbieten.

Verbot von Zwangsräumungen

Infolge der Energiekrise und den hohen Energiekosten der Menschen haben wir verboten, bei Menschen in Not Zwangsräumungen durchzuführen.

Durchführung des Klima- und Energieplans

Auf der Grundlage eines eigenen Klimaplanes verfolgen wir gemeinsam mit den neun Gemeinden das Ziel, bis **2030 55%** und **bis 2050 100%** der CO2- Emissionen einzusparen.

Knapp 500 konkrete Maßnahmen wurden auf dieser Grundlage bereits beschlossen. Insgesamt haben wir Investitionen in Höhe **von 181 Mio. EUR** für den Klimaschutz bereitgestellt. Darüber hinaus sehen wir mittlerweile jedes Jahr Zuschüsse in Höhe **von 1,1 Mio. EUR** für **innovative Klimaprojekte der Gemeinden** vor.

FAMILIE

Die Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. Wir haben in den letzten fünf Jahren Maßnahmen zur Stärkung der Familien auf den Weg gebracht und Familien in Ostbelgien mit ihren Problemen nicht allein gelassen.

Signifikante Erhöhung des Kindergeldes

Wir haben das Kindergeld indexgebunden stark erhöht, während man in Flandern durch die Aussetzung der Indexierung beim Kindergeld gespart hat. Seit 2019 haben wir unsere finanziellen Anstrengungen für die Familien **um 18 % verstärkt**. Wir werden **2024 knapp 50 Millionen EUR**, also **knapp 10 % unseres gesamten laufenden Ausgabenhaushaltes**, für die Auszahlung von Familienleistungen zur Verfügung stellen.

Kampagne Handy aus, Familienzeit an

Wir haben in Partnerschaft mit Kaleido eine Sensibilisierungskampagne durchgeführt für mehr Familienzeit ohne Smartphone. Das Ziel war, Bewusstsein dafür zu schaffen, dass digitale Medien Auswirkungen auf das Familienleben haben.

Mehr Unterstützung für Pflegefamilien

Das System der Pflegegeldberechnung wurde vereinfacht und den Bedarfen angepasst. Außerdem können ab dem 1. Juli 2021 zusätzliche Sonderausgaben auf Anfrage rückerstattet werden.

Finanzielle Unterstützung der Adoptionskandidaten

Die Regierung hat beschlossen, die Kosten für das Adoptionsvorbereitungsseminar und die Sozialuntersuchung für in der DG wohnhafte Familien zu übernehmen, die den Adoptionskandidaten nach Erhalt des Eignungsurteils zurückerstattet wird. Man erhofft sich so, dass noch mehr Familien sich dazu entschließen, eine Adoption in Erwägung zu ziehen. Dabei sprechen wir von einem Betrag zwischen 350 und 400 Euro.

WEITERE ZAHLEN UND FAKTEN

- Wir haben das Vollstatut und eine faire Bezahlung der Tagesmütter eingeführt.
- Wir haben die **Mittel für die Kinderbetreuung** seit 2019 **vervierfacht**. Von 2,5 Millionen € im Jahr 2019 **auf 10,7 Millionen € im Jahre 2024**. **Damit finanzieren wir u. a.** die Anhebung der Kostenpauschalen für konventionierte Tagesmütter auf den höchstmöglichen Satz, die Erhöhung von Aufwandsentschädigungen und Weiterbildungsprämien, die Einrichtung zusätzlicher Standorte für die außerschulischen Betreuung, die Schaffung von zusätzlichen Kinderkrippenplätzen, die Schaffung von neuen Co-Strukturen und neuen wohnortsnahen Kinderbetreuungsangeboten; die Einrichtung von neuen Kinderhorten und nicht zuletzt die Reform des RZKB bzw. die Angebote des neu geschaffenen Zentrums für die Kinderbetreuung (ZKB).
- Wir haben Kinderbetreuung unterhalb des Medianeinkommens kostenlos gemacht und die übrigen Tarife sozial gerechter gestaltet.
- Wir haben die **Betreuungsquote** in der Kinderbetreuung **von 38% auf 47% erhöht**.
- Wir haben eine neue Gesetzgebung für die Jugendhilfe und den Jugendschutz geschaffen, die das Prinzip Förderung und Fordern befolgt. Während wir 2019 noch 5.319.000,00 € für den Bereich Jugendhilfe vorsahen, werden es 2024 7.679.000,00 € sein. **Das ist eine Steigerung von 44 %**. Allein für das Zentrum Mosaik wurden die Zuschüsse zwischen
- 2019 und 2024 um rund **26%** erhöht.

SOZIALES

Zuschussgarantie für alle Institutionen während Corona

Die Zuschüsse an die Organisationen wurden beibehalten, damit sie keine Schulden machen oder Personal kündigen mussten.

Obdachlosenzählung

Wir haben eine Zählung der Obdachlosen oder Personen in problematischen Wohnverhältnisse in der DG durchgeführt, um fundiertes Zahlenmaterial zu haben und dadurch gezieltere Politik für diese Menschen zu betreiben.

Bewältigung der Ukraine Krise - Begleitung der Flüchtlinge

Wir haben die Finanzen bereitgestellt, damit die Organisationen des Terrains ihre Dienstleistungen auf die Ukraine-Flüchtlinge ausweiten konnten. Beispiele sind SOS Hilfe und Info Integration. Wir haben Sprachkurse und eine soziale Anlaufstelle in Worriken geschaffen. Es wurden neue Sprach- und Integrationskurse gegründet. Ebenfalls wurde eine Informationsstelle (bei Info-Integration) und eine Internetseite gegründet bzw. aufgebaut.

Neues Wohnprojekt für Problem-Jugendliche CAJ Intego Wohnen

Um junge Erwachsene in Problemsituationen engmaschig zu begleiten und zu helfen, hat Intego in Partnerschaft mit der DG ein Wohnprojekt errichtet. Ziel ist es, den Bewohnern durch die Entwicklung von Sozialkompetenzen, die Bewältigung von belastenden Lebenssituationen, die Gestaltung zwischenmenschlicher Beziehungen, die Vermeidung von sozialer Isolation und das Trainieren lebenspraktischer Fähigkeiten eine eigenständige Lebensführung zu ermöglichen.

Kostenpunkt: **rund 300.000 Euro pro Jahr.**

Neue Aufnahmestruktur für junge Erwachsene in St.Vith

In Partnerschaft mit dem ÖSHZ St.Vith wird in der Prümer Straße eine stationäre Betreuung von Personen in prekären Lebenslagen in einer Wohngemeinschaft ermöglicht. Auch hier ist das Ziel, den Bewohnern durch die Entwicklung von Sozialkompetenzen, die Bewältigung von belastenden Lebenssituationen, die Gestaltung zwischenmenschlicher Beziehungen, die Vermeidung von sozialer Isolation und das Trainieren lebenspraktischer Fähigkeiten eine eigenständige Lebensführung zu ermöglichen. Kostenpunkt: **rund 300.000 Euro pro Jahr.**

Schaffung eines Sozialen Übersetzerdienstes TRADUKO

Seit dem 1. Februar 2021 ist Traduko der erste soziale Übersetzerdienst in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bietet Übersetzungen in den Sprachen Arabisch, Türkisch und Russisch an. Die Zielgruppen sind alle Sozial-, Gesundheits- oder Schuleinrichtungen und öffentliche Behörden aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die mit Personen arbeiten, die die deutsche oder französische Sprache nicht ausreichend beherrschen, um die Arbeit dieser Einrichtung oder Behörde ausführen zu können. Kostenpunkt: **rund 120.000 Euro pro Jahr.**

Blutspendekampagne

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt es viele fleißige Spender. Die Spenderbasis muss aber unbedingt vergrößert werden. Denn seit Jahren sinkt die Anzahl der Blutspender. Während der Corona-Zeit hat es einen Anstieg gegeben. Mittlerweile hat die Negativtendenz wieder eingesetzt. In der DG sollten durch die durchgeführte Blutspendekampagne neue Spender gefunden werden und über die Wichtigkeit einer Blutspende informiert werden. Kostenpunkt: **25.000 Euro.**

Neuer AHS-Bachelorstudiengang „Soziale Arbeit“ ab dem Studienjahr 2024-2025

Soziale Arbeit (SA) wird ab September 2024 als Bachelorstudiengang an der Autonomen Hochschule Ostbelgien angeboten, auch mit dem Ziel, den vorhandenen Fachkräftemangel im Sozialsektor in Ostbelgien zu bekämpfen. Es handelt sich um einen dreijährigen generalistischen und praxisorientierten Bachelorstudiengang (180 ECTS) mit Schwerpunkt auf Soziale Arbeit (u.a. in Anlehnung an die belgischen Studiengänge Assistant social / Sociaal werk) sowie sozialpädagogischen Elementen des Erzieher-Studiums und der Möglichkeit einer gezielten Vertiefung in spezifischen Bereichen.

WEITERE ZAHLEN UND FAKTEN

- Die **Zuschüsse an soziale Organisationen** seit 2019 wurden um **75 %** angehoben. Wir stellen sozialen Einrichtungen wie Prisma, Telefonhilfe, SOS Hilfe, Info-Integration, Sprach- und Integrationskursen, der VZS, den Lebensmitteldatenbanken, Dabei, FahrMit und den sozialen Treffpunkten wie Ephata, Viertelhaus Cardijn, Haus der Familie, Patchwork und Dorfhaus Eynatten im kommenden Jahr insgesamt **5 Millionen EUR** zur Verfügung. Vor 4 Jahren waren es noch 2,8 Millionen.
- Die Mittel für die ÖSHZ wurden seit 2019 **um 27,7%** erhöht.
- Wir haben ein Dekret für die Sozialökonomie bzw. Sozialwirtschaft (BISA, ADAPTA, INTEGEO, DABEI VOG etc.) verabschiedet. Mit dem Dekret antworten wir auf eine Anforderung des Sektors mit seinen rund 1.000 Beschäftigten. Wir haben für die Sozialwirtschaft eine eigene Rechtsgrundlage geschaffen, um den Sektor besser abzusichern und sich von alten und vielfältigen Rechtsgrundlagen zu befreien. Außerdem gibt es jetzt die Möglichkeit von innovativen Projekten.

HAUPTERFOLGE DER GESAMTEN REGIERUNG

BILDUNG & AUSBILDUNG

Eine gute Bildung für jeden – und das unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Das war und ist die Maxime der SP.

Wir haben deshalb:

- den **Bildungshaushalt um 45 Millionen Euro** jährlich wiederkehrend erhöht. Insgesamt investieren wir im Jahr 2024 **165 Millionen** EURO in Unterricht und Ausbildung. Das sind **36% mehr innerhalb von** fünf Jahren für mehr Personal und bessere Bezahlung, ein Mentoring für Neueinsteiger in den Lehrerberuf, die Vertretung für erkrankte Lehrer, die Reform der Berufswahlorientierung, die Stärkung der AHS und vieles mehr.
- **60 neue Kindergartenassistenten** eingeführt (das entspricht einem Gehaltsvolumen von über 3 Mio. EUR pro Jahr), da ab September das Kindergartenalter auf 2,5 Jahre herabgesenkt wird. Dabei bezuschussen wir alle **infrastrukturellen Anpassungen zu 80 %**.
- wie im Programm zur Wahl 2019 versprochen das **DuO-Stipendiensystem** ins Leben gerufen. Die Empfänger erhalten **monatlich 350 Euro** für Ausbildung/Studium in einem Mangelberuf bei Verpflichtung, innerhalb von zehn Jahren fünf Jahre in Ostbelgien zu arbeiten. Zuletzt wurde das System ausgeweitet, und zwar um die Ausbildung zum Krankenpfleger für allgemeine Pflege, die Ausbildung zur Hebamme und die Ausbildung zum Apotheker. Das sind ebenfalls Studiengänge, die auf das zinslose Darlehen Anrecht geben können, insofern sie auf der von der Regierung festgelegten Liste der Studiengänge, die auf einen Mangelberuf vorbereiten, stehen.
- die Schulbesuchskosten gesenkt.
- die Mittel für die Förderung der Kinder mit Beeinträchtigung oder Lernschwierigkeiten erhöht.
- ein großes Schulbauprogramm für die Gemeinde Kelmis und die Eifel auf die Beine gestellt (**150 Millionen €**).
- die Mindestentschädigung für Lehrlinge angehoben.
- die Mittel für die **duale Ausbildung um 45%** erhöht.
- alle Schüler, Lehrlinge und Lehrer mit Laptops ausgestattet. Das bedeutete **6,6 Millionen Euro als Erstinvestition und jährlich 2 Millionen Euro für Unterhalt**.
- Betriebspraktika für Schülerinnen und Schüler verpflichtend eingeführt.

WEITERE ERFOLGE DER REGIERUNG

Als SP haben wir in der Regierung weitere Projekte mitgetragen und Erfolge feiern können. Darunter unter anderem:

Erfolgreiches Krisenmanagement

Gleich vier Krisen suchten die DG heim. Die Corona-Pandemie, die Flutkatastrophe, der Ukraine-Krieg und die Inflation/Energiekrise haben den Haushalt strapaziert. So **wurden über 300 Millionen Euro Ausgaben** im Zuge der vielen Krisen - das sind **60 Prozent der jährlichen Einnahmen der DG** – getätigt – zum Schutz und Wohl unserer Gemeinschaft. Das Geld wurde dazu genutzt, um zum Beispiel unseren Schulen, Wohn- und Pflegezentren für Senioren, Krankenhäusern, Kinderkrippen, Tagesmüttern, BW, Vereinen, Sozialbetrieben, Jugendorganisationen, Kulturschaffenden, den Gemeinden, Einzelhändlern oder auch den Kontaktberufen dabei zu helfen, diese Krisen zu überstehen.

Start des Glasfaserausbaus für 40.000 Haushalte

Ziel ist es, in den kommenden vier Jahren in der gesamten Region das Glasfasernetz auszubauen. Damit könnten bald nahezu alle der **40.000 Privathaushalte** und Unternehmen in den deutschsprachigen Gemeinden über einen schnellen Breitband-Internetzugang verfügen. Kostenpunkt: **40 Millionen Euro**.

Die DG investiert jährlich über **500 Millionen EUR in die Lebensqualität der Ostbelgierinnen und Ostbelgier**. Die DG erbringt mehr **als 700 bürgernahe Dienstleistungen** in deutscher Sprache, die den Menschen in unserer Heimat zugutekommen.